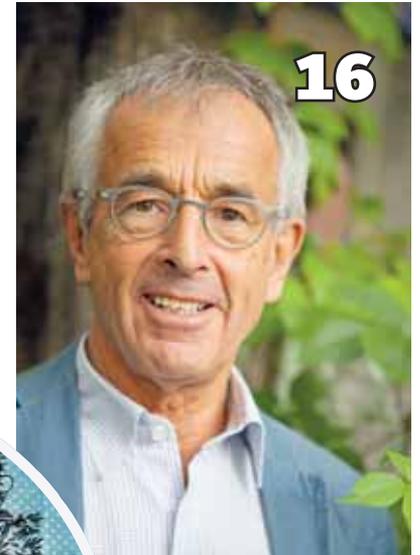


# KOMPETENZ

MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN, DRUCK, JOURNALISMUS, PAPIER



**Kein Geschäft mit  
der Gesundheit**



## KOMPETENZ Dezember 2017

- 4 Gesundheit ist kein handelbares Gut**  
BetriebsrätInnen und ExpertInnen über die Chancen und Herausforderungen im Gesundheitssystem
- 11 Historisches**  
Geschichte des Weihnachtsgelds
- 12 Digitalisierung als Chance**  
Martin Kocher, wissenschaftlicher Direktor des IHS, und Agnes Streissler-Führer, Mitglied der GPA-djp-Bundesgeschäftsführung, im KOMPETENZ-Gespräch
- 16 Was bringt die neue Regierung?**  
Gastkommentar von Stephan Schulmeister
- 18 Zeit war's**  
Plus drei Prozent für die Beschäftigten in der Metallindustrie
- 20 Tierärztinnen wehren sich**  
Drei engagierte junge Tierärztinnen im Porträt
- 22 Gegen Unwahrheiten und Fake-News**  
Über die Tätigkeiten des österreichischen Presserats
- 31 Impressum**

### RUBRIKEN

- KOMPETENT**  
Editorial von **Dwora Stein** **3**
- KONSEQUENT**  
**Wolfgang Katzian** zu den Ankündigungen der Regierungsverhandler **10**
- KOMPASS**  
**Zahlen und Fakten** aus der Arbeitswelt **15**
- KOMPAKT**  
**Kurzmeldungen** zu Politik, Arbeit und Wirtschaft **19**
- KONKRET**  
Ein **Faktencheck** zur Verteilung **24**
- KORREKT**  
Rechtsexpertin **Andrea Komar** über Betriebs-Weihnachtsfeiern **26**
- KONTEXT**  
**Konsumentenschutz** und mehr **30**



## Gesundheit ist ein wertvolles Gut

von Dwora Stein

**W**ie wertvoll unsere Gesundheit ist, wird uns meist erst dann bewusst, wenn wir ernsthaft erkranken. Erst dann lernen wir auch wirklich zu schätzen, dass unser Gesundheitssystem – anders als in anderen europäischen Ländern – allen Menschen gleichen Zugang ermöglicht. Selbst PatientInnen, die regelmäßig teure und komplizierte Behandlungen benötigen, können von der Krankenversicherung nicht einfach gekündigt werden. Dafür sorgt das solidarische System der Pflichtversicherung, in dem jede/r gleich behandelt werden muss – unabhängig von Einkommen oder Vorerkrankungen. Dass unser Gesundheitssystem trotz des wachsenden politischen und finanziellen Drucks immer noch weitgehend reibungslos funktioniert, dafür sorgen vor allem die Beschäftigten in diesem Bereich. In unserer aktuellen Coverstory betrachten wir daher das Gesundheitssystem aus der Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nicht nur für das Gesundheitssystem, sondern auch für viele weitere Bereiche haben die beiden Parteien, die derzeit (November 2017) Regierungsverhandlungen führen, große Veränderungen angekündigt. Noch gibt es wenig Greifbares, aber viele Schlagwörter. Viele der herumgeisternden Vorschläge sind aus Sicht der ArbeitnehmerInnen Anlass zur Sorge. Um in all den Inszenierungen mehr Klarheit zu schaffen, hat der renommierte Ökonom Stephan Schulmeister sich im Auftrag der KOMPETENZ die (Wahl-)Programme der beiden Parteien näher angesehen und gibt einen Ausblick, worauf sich die ArbeitnehmerInnen wohl in den kommenden Jahren einstellen müssen.

Ein Dauerbrenner in der KOMPETENZ ist das Thema Digitalisierung, mit dem unterschiedliche Erwartungen, aber auch viele Ängste verbunden sind. Wir haben diesmal den Chefökonom des Instituts für Höhere Studien Martin Kocher zum KOMPETENZ-Gespräch mit Agnes Streissler-Führer eingeladen, die in der GPA-djp-Bundesgeschäftsführung für Digitalisierung zuständig ist.

Selbstverständlich gibt es auch in dieser Ausgabe der KOMPETENZ wieder einen Faktencheck. Diesmal geht es um die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Linzer Kepler-Universität hat kürzlich mit neuen Daten zur Vermögensverteilung aufhorchen lassen und gezeigt, dass Vermögen noch wesentlich ungleicher verteilt sind als bisher angenommen. Diese und viele weitere Daten rund um das Thema Verteilung finden Sie in der aktuellen Ausgabe. ●

**Dwora Stein** ist KOMPETENZ-Chefredakteurin und Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp).

# Gesundheit ist kein

Trotz hoher Standards in der Versorgung und großer Zufriedenheit der Menschen mit dem Gesundheitssystem hat die Politik die soziale Krankenversicherung wieder einmal als ihr liebstes Feigenblatt für Einsparungen entdeckt. Abseits der öffentlich inszenierten Einsparungsdebatten steigen die beruflichen und sozialen Belastungen für die Beschäftigten im Gesundheitssystem weiter an. Die Stimmung unter den Beschäftigten ist angespannt.

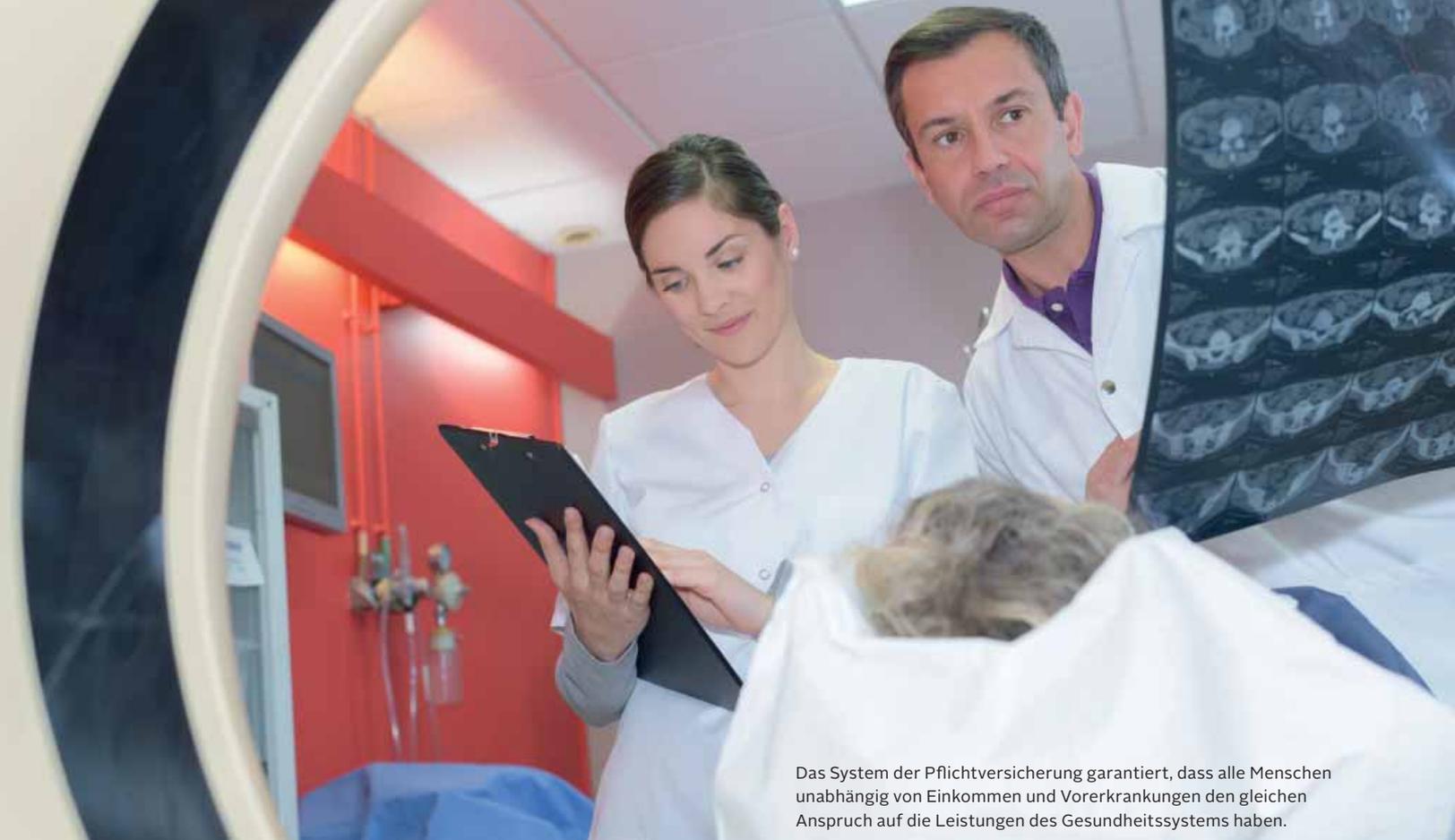
Jedes Baby, das in Österreich auf die Welt kommt, wird in ein Schutzsystem hineingeboren, das umfassende Versorgung und Absicherung im Falle von Krankheit, Alter, Tod oder Arbeitsunfall bzw. Berufskrankheit bietet. Die heutige Generation musste um dieses System, das die österreichische Sozialversicherung bereitstellt, nicht kämpfen. Unsere Eltern, Großeltern und deren Vorfahren haben dieses Herzstück unseres Sozialstaates aufgebaut. Vielleicht haben deshalb heute viele Menschen verlernt, die Vorzüge des Systems zu erkennen und auch zu schätzen. So mancher springt dann leicht auf den Zug der Kritiker auf, die aktuell wieder das Blaue vom Himmel versprechen und das Gesundheitssystem unter den Schlagworten Rationalisierungen und Zusammenlegungen billiger, besser und gerechter machen wollen.

Bei näherem Hinsehen perlen diese Phrasen an den Grundpfeilern des Systems der sozialen Krankenversicherung ab, wie Regen an einer Pelerine. ▶▶



# handelbares Gut





Das System der Pflichtversicherung garantiert, dass alle Menschen unabhängig von Einkommen und Vorerkrankungen den gleichen Anspruch auf die Leistungen des Gesundheitssystems haben.

» Die solidarische Finanzierung, bei der die Höhe der Beiträge von der Höhe des Einkommens abhängt, garantiert in unserem System, dass kranke Menschen keine höheren Beiträge bezahlen müssen als gesunde. Bei privaten Versicherungen ist das genau umgekehrt.

Die soziale Krankenversicherung kennt keine Risikenauslese. Das bedeutet, dass jede/r Versicherte – unabhängig vom Risiko eine bestimmte Krankheit, einen

ab oder verlangen unverhältnismäßig hohe Beitragszahlungen.

Das bestehende System der Pflichtversicherung begründet mit dem Überschreiten der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze kraft Gesetz den Versicherungsschutz für die betreffenden ArbeitnehmerInnen und ihre Angehörigen. So sind nahezu 100 Prozent der in Österreich lebenden Menschen in das System der sozialen Krankenversicherung integriert. Das System der Pflichtversicherung gewährleistet einen gut funktionierenden Risikoausgleich zwischen Menschen, die gerade wenig aus dem System brauchen, und anderen, die in gewissen Lebensphasen aufwendige medizinische Behandlungen benötigen. Das System funktioniert mit einem sehr niedrigen Verwaltungsaufwand. Bei uns müssen die einzelnen Krankenversicherungsträger – anders als in Deutschland oder der Schweiz, wo das System der Versicherungspflicht gilt – nicht ständig miteinander im Wettbewerb stehen

und können daher ihre Ressourcen voll und ganz für eine gute Versorgung der Versicherten einsetzen.

Private, gewinnorientierte Versicherungssysteme, die nur einen kleinen Teil der Gesundheitsversorgung finanzieren, haben demgegenüber einen sehr hohen Verwaltungsaufwand. Sie müssen viel Geld für Werbung, Marketing und Vertrieb ausgeben und Gewinne erwirtschaften.

#### FINANZIERUNG GESICHERT

Die Finanzierung der sozialen Krankenversicherung basiert auf dem Umlageverfahren. Das bedeutet, dass mit den eingenommenen Beiträgen direkt die Leistungen, wie beispielsweise Arztbesuche oder Medikamente, finanziert werden. Die Beiträge der Versicherten werden nicht auf den Finanzmärkten veranlagt, daher gibt es kein Finanzmarktrisiko.

Das System der Selbstverwaltung ist historisch gewachsen: Die Versicherten bzw. BeitragszahlerInnen (ArbeitnehmerInnen und

## „DIE SOZIALE KRANKENVERSICHERUNG KENNT IM GEGENSATZ ZU PRIVATEN VERSICHERUNGEN KEINE RISIKENAUSLESE.“

Unfall oder Invalidität zu erleiden – abgesichert ist. Private Versicherungen, die Gewinne an ihre AktionärInnen ausschütten müssen, lehnen eine Versicherung für RisikopatientInnen auch einfach mal

ArbeitgeberInnen) verwalten die Sozialversicherungsträger selbst. Dies bringt eine hohe Identifikation der SozialpartnerInnen und Versicherten mit „ihrer“ Sozialversicherung und hat dazu beigetragen, dass sich das System stabil entwickelt hat.

Getragen wird das System von den derzeit rund 28.000 Beschäftigten in der Sozialversicherung, die acht Millionen Versicherte betreuen. Sie arbeiten als Verwaltungsangestellte, ÄrztInnen, ArbeiterInnen oder in Gesundheitsberufen in eigenen Einrichtungen der Sozialversicherung – also in Ambulatorien, Unfallkrankenhäusern oder Rehabilitationseinrichtungen. Gewerkschaftssekretär Rudolf Wagner, der die Kollektivverträge für die Beschäftigten der Sozialversicherung mitverhandelt, präzisiert: „Die Angestellten in der Sozialversicherung leisten jeden Tag wertvolle Arbeit an den Menschen und tragen sehr wesentlich dazu bei, dass die hochwertige medizinische Versorgung in Österreich erhalten bleibt.“ Der große Einsatz im Job sollte auch durch spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen belohnt werden. Für 2018 wurde eine Steigerung von 2,25 Prozent verhandelt. Doch weitere Verbesserungen lassen auf sich warten. „Die bessere Anrechnung von Vordienstzeiten ist ein großes Thema für die Beschäftigten. Vor allem aber die Wertschätzung für die von den Beschäftigten geleistete Arbeit“, betont Wagner.

### **GRENZE DES ERTRÄGLICHEN**

Für Michael Aichinger, den Zentralbetriebsratsvorsitzenden der Wiener Gebietskrankenkasse und Vorsitzenden des Wirtschaftsbereiches Sozialversicherung in der GPA-djp, ist die Grenze des Erträglichen in der öffentlichen Diskussion bereits deutlich überschritten: „Unsere

Verwaltungsaufwendungen liegen bei maximal 2,3 Prozent des Budgets. Verglichen mit 40 anderen Ländern sind wir in der Administration am zweitbilligsten. Billiger funktioniert die Gesundheitsverwaltung nur in Japan, wo diese allerdings über die Gemeinden organisiert ist. Dort gibt es übrigens weit über 3.000 Verwaltungsstellen – in Österreich sind es gerade 21.“

Von einer übereilten Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger hält Aichinger daher nichts: „Durch eine Zentralisierung würde langfristig die Versichertennähe leiden und die Betreuung der Kunden würde sich verschlechtern.“ Eine Studie der London School of Economics zeigt eindeutig, dass Betreuungsstellen vor Ort immer notwendig seien, und dass zentrale Strukturen in der Krankenversicherung das System teurer machen würden. „Monopolisten im Wirtschaftsleben kommen für die Kunden immer teurer. Durch einen zentralen Einkauf werden lokale Anbieter von Lebensmitteln oder Dienstleistungen und auch Handwerker benachteiligt und können nicht mehr beauftragt werden“, begründet Aichinger.

### **KEIN HANDELBARES GUT**

Hinter der Diskussion über Einsparungen im Verwaltungsbereich ortet Aichinger andere, privatwirtschaftliche Beweggründe: „Hier gibt es ein massives Interesse vonseiten der Wirtschaft, profitable Teile unserer Gesundheitseinrichtungen zu erwerben. Diese Teile will man aus dem Gesamtsystem herauslösen und damit Gewinne machen. Die verlustbringenden Zweige will man im System belassen.“ Aichinger sieht den Gesundheitsmarkt gut aufgeteilt, weitere Verschiebungen würden zulasten der Bevölkerung gehen: „Gesundheit ist



**Ingrid Reischl** ist Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse und leitet den Geschäftsbereich Grundlagen in der GPA-djp.

## **Die Sozialversicherung macht Tempo**

Was sich über viele Jahrzehnte bewährt hat, muss sich dennoch weiterentwickeln. Der Antrieb dafür sollte allerdings nicht aus der Hektik des tagespolitischen Treibens kommen. Die Politik denkt in (Wahl-)Zyklen von fünf Jahren. Das ist zu kurz für eine Reform der Sozialversicherung. Geben wir daher der Effizienzstudie, die im Spätsommer präsentiert wurde und 1.400 Seiten umfasst, eine Chance. Die renommierte London School of Economics zeigt in dieser Analyse nüchtern auf, was gut funktioniert in unserem Gesundheitssystem und was nicht.

Ich lese aus der Studie aktuell drei große Herausforderungen heraus: An erster Stelle steht die Angleichung der Leistungen. Jeder Versicherte vom Neusiedler- bis zum Bodensee soll die gleiche Versorgung erhalten. Die Sozialversicherung macht hier Tempo: Sie hat 23 Bereiche definiert, die harmonisiert werden sollen und bereits zwei Pakete umgesetzt. Das zweite große Projekt ist der Ausbau sogenannter Primärversorgungszentren. Sie sollen helfen, die Spitalsambulanzen zu entlasten. Die WGKK hat diesen Weg, gemeinsam mit der Stadt Wien, schon vor Jahren eingeschlagen. Primärversorgungszentren bieten umfassende ärztliche Versorgung bei Öffnungszeiten von 50 Stunden pro Woche. Der dritte Schwerpunkt ist die Digitalisierung, dazu zählt etwa der Ausbau unserer elektronischen Services.

Die Sozialversicherung hat sich keineswegs der Stagnation verschrieben. Wir werden Prozesse modernisieren und Versorgungsstrukturen zeitgemäß weiterentwickeln, indem wir auf ein gut funktionierendes Gesundheitssystem aufbauen, anstatt es fahrlässig zu zerschlagen. ●

- » kein handelbares Gut, es muss allgemein verfügbar und für alle finanzierbar und leistbar bleiben. Mögliche Einsparungen, die aus Zusammenlegungen resultieren würden, schätzt Aichinger gering ein: „Rechnungshof und Ministerien überprüfen regelmäßig die Kosten und Gehälter in der Sozialversicherung. Unsere bestverdienenden leitenden Angestellten bekommen rund ein Zehntel dessen, was Führungskräfte von gleich großen Unternehmen in der Wirtschaft verdienen.“

Die Position der ArbeitnehmervertreterInnen in der Sozialversicherung will Aichinger weiter gestärkt sehen, denn bereits jetzt leisten die unselbstständig Beschäftigten einen weit höheren finanziellen Beitrag zum System als die Dienstgeber: „Über bestehende Selbstbehalte, aber auch über allgemeine Steuern, die das Spitalssystem speisen, bringen die ArbeitnehmerInnen mehr als die Hälfte der Finanzmittel auf.“ Aktuellen Tendenzen zur Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer steht Aichinger extrem kritisch gegenüber: „Für die Abschaffung kann nur sein, wer in Zukunft keine geregelten Arbeitsverhältnisse mehr haben und auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten will.“

#### ARBEITSVERDICHTUNG STEIGT

Die Betriebsratsvorsitzende des PVA-Rehabilitationszentrums Großmain, Karin Kádár, befürchtet aufgrund der anhaltenden Diskussionen um Kosteneinsparungen negative Auswirkungen auf die Beschäftigten. Die Stimmung in allen Berufsgruppen sei ebenso angespannt wie die aktuelle Arbeitssituation: „Geplante, weitere Einsparungen würden uns massiv betreffen.



Bereits jetzt wird der natürliche Abgang selten nachbesetzt. Der Altersdurchschnitt der MitarbeiterInnen im Pflege- und Therapiebereich ist sehr hoch, die Arbeits-

### „STÄNDIG WIRD SO GETAN, ALS WÄRE ES UNANSTÄNDIG, SOZIALVERSICHERUNGSANGESTELLTE ORDENTLICH ZU BEZAHLEN.“

verdichtung steigt in allen Bereichen enorm an.“

Kádár hat Probleme damit, die grassierenden neoliberalen Haltungen mit dem Alltag im Gesundheitssystem zu vereinbaren: „Die KollegInnen arbeiten für und mit PatientInnen. Warum wird die Arbeit von Menschen an anderen Menschen als

System-Manko dargestellt?“ Die KollegInnen in den Einrichtungen seien teilweise sehr bedrückt, weil ständig vermittelt wird: „Deine Arbeit darf nichts kosten.“ Kádár findet das verlogen: „Die Tatsache, dass Krankenversorgung Geld kostet, wird damit rein auf das Personal abgewälzt. Hier geht es nicht mehr darum, was PatientInnen brauchen oder was die MitarbeiterInnen bräuchten, um die PatientInnen gut betreuen zu können. Es geht nur noch um Kostenminimierung.“

#### KEINE THERAPIEROBOTER

Persönlich bedrückt es Kádár, dass viele Erkenntnisse, wie Menschen lange und gesund im Beruf gehalten werden könnten, und wie sie nach Krankheitsperioden wieder in den Beruf zurückkommen können, vom Tisch gewischt werden: „Unsere tägliche

Es ist eine Tatsache, die sich nicht weglegen lässt, dass eine gute Krankenversorgung auch Geld kostet. Einsparungen führen zu schlechterer Versorgung.



Praxis entspricht nicht dem, was wir über altersgerechtes Arbeiten wissen.“ Beschämt und verwundert ist Kádár darüber, dass „die Leistungen der Sozialversicherung für das Gemeinwohl öffentlich schlechtgeredet werden,

und es kaum mehr Bereiche der Selbstbestimmung für die Beschäftigten gibt“: „Wir sind Fachkräfte, keine Therapieroboter!“ Eine Schlechterstellung der Beschäftigten ist für Kádár kein gangbarer Weg zur Kostenreduktion: „Ständig wird so getan, als wäre es unanständig, Sozialversicherungsangestellte ordentlich zu bezahlen. Wir haben ein hohes Beschäftigungsniveau, bezahlen Steuern und Abgaben, stecken unsere Gehälter in den Konsum und leisten damit insgesamt einen hochwertigen volkswirtschaftlichen Beitrag, ohne dem System Gewinne zu entziehen.“

#### ANGESPANNT SITUATION

Die Vorsitzende des Bundesausschusses der Gesundheitsberufe in der Sozialversicherung Martina Kronsteiner bestätigt, dass die personelle Situation für die Beschäftigten angespannter wird: „Der Personalstand ist seit vielen Jahren unverändert, die Patientenzahlen steigen aber kontinuierlich. Der Arbeitsaufwand wird deswegen immer höher, weil die Menschen immer älter und damit pflegebedürftiger werden.“ Viele fragen sich, wie in dieser

Arbeitssituation weitere Einsparungen geleistet werden sollten.

Seit 1995 gibt es Einsparungsprogramme bei den Bediensteten der Sozialversicherung, die Personalkosten sind gedeckelt. Die Auswirkungen der steigenden Arbeitsbelastung sind längst sichtbar: „Langjährige MitarbeiterInnen werden durch den steigenden Druck immer weniger belastbar. Wir kämpfen auch sehr mit Langzeitkrankenständen.“

#### UN SICHERE ZUKUNFT

Die Unsicherheit über die eigene Zukunft ist mittlerweile auch in der Belegschaft spürbar: „Nicht zu wissen, wie es mit der eigenen Einrichtung weitergeht, ob diese eventuell von einem Privaten übernommen wird, erzeugt Angst“, erklärt Kronsteiner. Die Gewerkschafterin warnt vor größeren strukturellen Eingriffen in die soziale Krankenversicherung: „Vor allem Niedrigverdiener, die an der Armutsgrenze leben, würden massiv darunter leiden. Ich fürchte unser soziales Netzwerk könnte verschwinden, und die Bevölkerung wird das erst merken, wenn das System kaputt ist.“ ●

Andrea Rogy



**Rudi Wagner**, Wirtschaftsbereichssekretär: „Die Beschäftigten brauchen Wertschätzung für Ihre tägliche Arbeit.“



**Michael Aichinger**, Zentralbetriebsratsvorsitzender der WGKK: „Die ArbeitnehmerInnen bringen über bestehende Selbstbehalte und allgemeine Steuern, die das Spitalssystem speisen, mehr als die Hälfte der Finanzmittel für das Gesundheitssystem auf.“



**Karin Kádár**, Betriebsratsvorsitzende des PVA-Rehabilitationszentrums Großmain: „Den Beschäftigten fehlt es an Selbstbestimmung. Wir sind Fachkräfte, keine Therapieroboter!“



**Martina Kronsteiner**, Vorsitzende des Bundesausschusses der Gesundheitsberufe in der Sozialversicherung: „Ich fürchte unser soziales Netzwerk könnte verschwinden, und die Bevölkerung wird das erst wahrnehmen, wenn das System kaputt ist.“



## Alles muss sich verändern

Laut dem überwiegenden Teil der Meinungsforschung ist klar: Ausschlaggebend für das Wahlergebnis vom 15. Oktober ist der Wunsch nach Veränderung, der genährt wird von einem hohen Grad an empfundener Unzufriedenheit und Unsicherheit.

Ein Kommentar von Wolfgang Katzian

Nun haben die Regierungsverhandlungen zwar begonnen, die neue Bundesregierung steht jedoch derzeit (Nov. 2017) noch nicht fest. Für uns gilt aber jedenfalls weiterhin: Die Gewerkschaft beurteilt jede Regierung danach, was sie bereit ist für die ArbeitnehmerInnen zu tun.

Noch warten die im Wahlkampf präsentierten Pläne auf eine Konkretisierung – insbesondere wie die Senkung der Steuerquote auf 40 Prozent gegenfinanziert werden soll. Wie auch vor der Wahl geht man derzeit inhaltlich nicht in die Tiefe, sondern bleibt auf der sicheren Oberfläche. Viel Energie wird in „Vorwahlmanier“ in die Inszenierung von Ereignissen und Personen investiert. Konkrete Inhalte haben da keinen Platz und laufen Gefahr, nicht ausreichend diskutiert zu werden.

Zuletzt war auch von einer Reform der Sozialpartnerschaft zu lesen. Gemeint ist damit aber wohl die Frage der

Pflichtmitgliedschaft in den Kammern. Denn diese ist in der Tat eine, die der Gesetzgeber entscheiden kann. Aus gutem Grund hat er diese Strukturen auch in der Verfassung verankert und damit ihren Stellenwert zum Ausdruck gebracht: Kammern sind demokratische Selbstverwaltungsorgane, keine Lobbyorganisationen.

Für die ArbeitnehmerInnen ist übrigens nicht nur die Arbeiterkammer wichtig, sondern auch die Wirtschaftskammer. Durch die gesetzliche

Mitgliedschaft der Unternehmen in der Wirtschaftskammer sind Kollektivverträge für sie bindend. Nur dadurch können sich nahezu 98 Prozent der ArbeitnehmerInnen in Österreich auf ein kollektivvertragliches Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie ein Mindestgehalt verlassen.

Wer Kammern abschaffen will, nimmt in Kauf, dass diese Sicherheit zerstört wird. Wenn man das will, muss man es sagen. Wer aber glaubt, dass damit die gewerkschaftliche Mitbestimmung elegant ausgeschaltet werden kann, der irrt. Und wir werden – wenn der Gesetzgeber „Reformen“ macht, die die Grundlagen der sozialen Sicherheit untergraben – dagegenhalten.

Mit allen gewerkschaftlichen Mitteln.

Auch wir glauben im Übrigen an die Notwendigkeit von Veränderung. Die zunehmende Prekarisierung am Arbeitsmarkt, die wachsende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, die eklatante Einkommens-

ungleichheit zwischen Männern und Frauen oder die riesigen Steuerschlupflöcher für Milliardäre sind nur eine paar der Bereiche, die geradezu nach Veränderung schreien.

Wenn hier sinnvolle Maßnahmen gelingen, sind wir jederzeit gerne bereit diese mitzutragen – egal welche Bundesregierung sie beschließt. Ich bin überzeugt, dass so auch die berechnete Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung reduziert würde.

**„MEHR ALS 97 PROZENT DER ARBEITNEHMERINNEN KÖNNEN SICH AUF EINEN KOLLEKTIV-VERTRAG VERLASSEN.“**

Wolfgang Katzian ist Vorsitzender der GPA-djp, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB, Abgeordneter zum Nationalrat und Mitglied im Weltvorstand des Union Network International.



## HISTORISCHES

### Geschichte des Weihnachtsgelds

Aus historischer Sicht stammt das Weihnachtsgeld (und auch das Urlaubsgeld) von freiwilligen Zahlungen ab, die manche Fabrikbesitzer im 19. Jahrhundert ihren Beschäftigten zu besonderen Gelegenheiten zukommen ließen. Im Jahr 1954 wurden erstmals sogenannte Urlaubsbeihilfen in einigen Branchen kollektivvertraglich verankert. In den folgenden Jahren wurde dies immer weiter ausgebaut. Ende der 50er-Jahre hatten bereits die meisten Angestellten einen kollektivvertraglichen Anspruch auf volle 14 Gehälter. Die heutige noch gültige Steuerbegünstigung für das 13. und 14. Monatsgehalt wurde 1972 eingeführt. ●



# Digitalisierung als Chance

Martin Kocher, wissenschaftlicher Direktor des IHS, und Agnes Streissler-Führer, Mitglied der GPA-djp-Bundesgeschäftsführung, im KOMPETENZ-Gespräch über Nutzen und Risiken der Digitalisierung.

**KOMPETENZ:** Frau Streissler-Führer, Digitalisierung wird oft kritisch gesehen. Aber wo liegen eigentlich die Vorteile?

**Streissler-Führer:** In Österreich sind in den vergangenen 20 Jahren durch die Digitalisierung mehr Arbeitsplätze dazugekommen als weggefallen. Problematisch ist, wenn die Digitalisierung nur

dazu verwendet wird, sehr profitorientierte, kurzfristig ausgerichtete Geschäftsmodelle zu unterstützen und so zur Prekarisierung und Unsicherheit am Arbeitsmarkt beiträgt. Man muss auf das Dreieck achten zwischen Digitalisierung, Globalisierung und Finanzialisierung, also der starken Dominanz von Finanzmärkten, die diese kritischen Entwicklungen begünstigen. Den technologischen Fort-



schritt an sich hat die Gewerkschaft immer unterstützt. Aber er darf nicht nur den Kapitalinteressen nützen.

**KOMPETENZ:** Herr Kocher, Sie haben eine Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) präsentiert, wonach in Österreich neun Prozent der Jobs durch Digitalisierung verloren gehen werden. Ist es wirklich so dramatisch?

**Kocher:** Wir haben in dieser Studie das Destruktionspotenzial berechnet und kommen auf circa 360.000 Arbeitsplätze, die in Österreich durch die Digitalisierung verloren gehen könnten. Allerdings wird dabei nicht berücksichtigt, welche Jobs dadurch geschaffen werden. Das ist viel schwieriger zu berechnen.

Was man sich nur schwer vorstellen kann ist, dass Österreich generell ein Leader bei der Digitalisierung wird. Da sind andere Länder aus Asien oder die USA vorneweg. Aber auch als Follower kann man positive Arbeitsplatzeffekte haben.

**KOMPETENZ:** Woran liegt es, dass die Digitalisierung in Österreich unterdurchschnittlich voranschreitet?

**Kocher:** Wir sind nicht so technologieaffin wie andere Länder. Die USA haben einen riesigen Vorteil durch die Größe: Der Heimmarkt zum Ausweiten etwa von Sharing-Angeboten ist schon so groß, dass viel leichter in die ganze Welt expandiert werden kann. Österreich, selbst der gesamte deutschsprachige Raum hat einen vergleichsweise kleinen Heimmarkt.

**Streissler-Führer:** Wo Österreich gemeinsam mit Deutschland sehr gut ist, ist der gesamte Bereich der Industrie 4.0. Ich habe hervorragende Industriebetriebe besucht, die in der Produktion selbst bereits hoch automatisiert und digitalisiert sind und wichtige Produkte für die digitalisierte Welt herstellen, wie Sensoren, Halbleiter usw. Was Europa nicht so macht wie die USA, ist vollkommen neue Unternehmen aus dem Boden zu stampfen. Europa transformiert seine althergebrachten Industriebetriebe in die digitale Welt. Diese Betriebe sind dann trotzdem Frontrunner.

**KOMPETENZ:** Was wäre in Österreich noch zu tun, damit auch ArbeitnehmerInnen von der Digitalisierung profitieren?

**Streissler-Führer:** Wir müssen bei den Qualifikationen ansetzen. Nur so sind wir in der Lage, mit den Veränderungen kritisch mitzugehen und die Vorteile herauszuholen. In der Schule sind das Kompetenzen wie die Medien-Kompetenz, soziale Kompetenzen und interkulturelle Kompetenz, aber auch Kompetenzen, die mit Projektarbeit zu tun haben, weil sich mit der Digitalisierung auch Arbeitsstrukturen verändern. Außerdem haben wir vier Millionen ArbeitnehmerInnen, von denen sich viele schwer tun mit Veränderungen des Arbeitsmarktes. Hier müssen wir auf die berufliche Aus- und Weiterbildung achten. Das heißt, es haben auch die UnternehmerInnen eine Verantwortung: Wenn wir durch die Digitalisierung lernende Unternehmen möchten, bedeutet das, sowohl in die Maschinen als auch in die Menschen zu investieren.

**Kocher:** Da liegen wir nicht weit auseinander. Die Digitalisierung müssen die UnternehmerInnen und die ArbeitnehmerInnen mittragen. Das größere politische Problem ist, dass etwa 15–20 Prozent der ArbeitnehmerInnen abgehängt werden könnten, weil ihre Fähigkeiten nicht mehr für das reichen, was man jetzt bräuchte. Ansonsten ►►



► läuft es sehr gut in Österreich. Vielleicht könnte man da und dort manche Veränderung schneller hinbekommen. Hinsichtlich Teleworking und Homeoffice ist Österreich sogar um einiges weiter als Deutschland. Vielleicht nicht so weit wie Schweden oder Holland, aber wir haben da einen Kulturwandel hinbekommen. Von 8 bis 17 Uhr ins Büro zu gehen, ist nicht mehr das Standardmodell. Das bricht ein wenig auf – was natürlich Vor- und Nachteile hat.

**„ES GEHT UM STEUERHARMONISIERUNG, UM DIE DIGITALE BETRIEBSSTÄTTE, NACH DER STEUERN EINGEHOBEN WERDEN SOLLTEN.“**  
**MARTIN KOCHER**

**KOMPETENZ:** Die Verteilungsfrage ist Ihnen, Frau Streissler-Führer, ja dabei ein besonderes Anliegen.

**Streissler-Führer:** Genau. Was ich nicht will, ist eine unfreiwillige Ungleichverteilung in der Arbeitszeit, dass vor allem Frauen in Teilzeit arbeiten müssen. Wir sehen bei den ArbeitnehmerInnen, dass die flexibleren Arbeitszeitgrenzen, das Verschwimmen von Freizeit und Arbeit ineinander, tendenziell dazu genützt wird, dass Männer ihre Arbeitszeit karrieremäßig gut einteilen. Die gesamte Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt aber an den Frauen hängen, die zum Teil in Teilzeitarbeitsplätze gezwungen werden. Das betrifft auch Teleworking von zu Hause aus. Ich finde es gut, wenn Menschen selbstbestimmt mitentscheiden können, wie, wann und wo die Arbeit stattfindet. Aber man muss sehr genau hinschauen, was die tatsächlichen Auswirkungen sind. Ho-

meoffice-Arbeit muss wirklich etwas mit Selbstbestimmung zu tun haben und soll nicht vorgefertigte Rollenmuster verstärken.

**Kocher:** Deshalb habe ich Schweden als Beispiel genannt. Da gibt es auch keine Arbeitstreffen mehr nach 17 Uhr, was eine bessere Aufteilung der Familienarbeit über die Geschlechter hinweg ermöglicht.

**KOMPETENZ:** Österreich hat im zweiten Halbjahr 2018 die EU-Präsidentschaft. In welchen Punkten sollte sich die Bundesregierung dann besonders stark machen, um sie europaweit voranzubringen?

**Kocher:** Ich glaube, dass gerade der Steuerbereich wichtig ist. Der Finanzminister oder die Finanzministerin wird hier extrem gefordert sein. Es geht um Steuerharmonisierung, um die digitale Betriebsstätte, nach der Steuern eingehoben werden sollten, die Brexit-Verhandlungen, den europäischen Finanzrahmen usw. Darüber hinaus sind bei der Digitalisierung viele Fragen vor allem national zu lösen, etwa Bildungsfragen oder Arbeitsmarktpolitik. Eine gemeinsame Frage wird tatsächlich sein, wie die Eurozone ausgestaltet wird; da gibt es ja Überlegungen bis hin zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung mit sehr unterschiedlichen Meinungen dazu. Es ist durchaus sinnvoll, auf EU-Ebene mehr

Geld zur Verfügung zu haben, um eine sinnvolle Budgetpolitik unterstützen oder gewisse Ungleichgewichte ausgleichen zu können.

**Streissler-Führer:** Aus meiner Sicht hat Österreich einen großen Export-Schlager, den man auch Europa erzählen kann – und das ist die Sozialpartnerschaft. Wir wissen seit vielen Jahrzehnten, wie man den Arbeitsmarkt ausgestaltet und den Wirtschaftsstandort weiterentwickelt. Ich würde mir von der österreichischen EU-Präsidentschaft Überlegungen wünschen, wie wir die Veränderungen durch die Digitalisierung gemeinsam gestalten können. Dass gute Arbeit in der Digitalisierung möglich ist, wenn es einen tragfähigen Dialog zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen sowohl auf der betrieblichen als auch auf der kollektivvertraglichen Ebene gibt. Insofern sollte Österreich die EU-Ratspräsidentschaft unter den Schwerpunkt „Sozialpartnerschaft 4.0“ stellen. ●

Moderation: Heike Hausensteiner

ZU DEN PERSONEN

**Agnes Streissler-Führer** ist Mitglied der GPA-djp-Bundesgeschäftsführung, zuständig für Digitalisierung. Davor war die studierte Volkswirtin jahrelang in der AK Wien beschäftigt. Von 2009 bis 2016 führte sie eine wirtschaftspolitische Beratungsagentur.

**Martin Kocher** ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Höhere Studien. Außerdem ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Seine Forschungsgebiete liegen auf dem Gebiet der Verhaltensökonomik, der experimentellen Wirtschaftsforschung und der Sportökonomie.

# 5.700,000.000

Euro könnte man mit einer Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von einer Million EURO und mit Steuersätzen zwischen 0,7 und 1,5 Prozent erzielen.

## 250 Millionen

Euro an Steuern soll Amazon in Luxemburg nachzahlen, fordert die EU-Kommission.

## 13 Millionen

Euro an Steuern soll Irland von Apple nachfordern.

## 160.000

Kurzzeit-Arbeitslose verzeichnete das AMS im vergangenen Jahr. 1990 waren es noch 90.000 Personen.

## 450,000.000

Euro kostet die Kurzarbeitslosigkeit im Jahr. Immer mehr Arbeitgeber sparen Kosten, indem sie die Beschäftigten für ein paar Monate kündigen, um sie dann wieder einzustellen.

## 32 %

des tatsächlichen Steueraufkommens gehen in Deutschland durch Steueroasen verloren. Deutschland ist damit im europäischen Vergleich Hauptverlierer durch Steuertricks.

## 14 Milliarden

Euro im Jahr müssen eingespart werden, wenn die Abgabenquote in Österreich von 43 auf 40 Prozent gesenkt wird. Das entspricht den gesamten Jahresausgaben für Arbeitslosengeld + Notstandshilfe + Ausgleichszulage + Kinderbetreuungsgeld + Familienbeihilfe + Pflichtschulen.



# Was hat Österreich von der neuen Regierung zu erwarten?

Zur Beantwortung dieser Frage hilft ein Blick auf die Gemeinsamkeiten der Wahlprogramme von ÖVP und FPÖ.

Gastkommentar von Stephan Schulmeister

**B**eide Parteien wollen Steuern und Staatsausgaben senken und damit die Staatsquote auf 40 Prozent reduzieren, beide wollen Familien mit Kindern steuerlich wesentlich stärker begünstigen als bisher, beide wollen die Mindestsicherung reduzieren, beide wollen die Lohnnebenkosten verringern und beide wollen den Einfluss der Sozialpartner beschränken.

Das scheint attraktiv für die meisten (außer den Ärmsten), ist es aber nicht. Denn der Gesamteffekt wird in einer markanten Umverteilung zu den Bestgestellten führen, das unterste Drittel wird von den Steuersenkungen nicht profitieren, die große Mehrheit aber durch die – unvermeidliche – Senkung der Sozialausgaben

belastet, und zwar umso mehr, je geringer das Einkommen ist. Das lässt sich leicht belegen.

## LOHN- UND EINKOMMENSSTEUER

Die ÖVP möchte die Steuersätze in den ersten drei Stufen auf 20 Prozent, 30 Prozent und 40 Prozent senken, nicht aber in den beiden obersten Stufen (das ist „politische Kosmetik“, denn die höheren Einkommen profitieren auch von der Senkung in den unteren Stufen). Die 34 Prozent Einkommensschwächsten profitieren hingegen gar nicht, weil sie zu wenig verdienen, um Steuern zu zahlen (Pensionisten: 40 Prozent, Frauen: 45 Prozent, Landwirte: 70 Prozent). Bis zum Median-Einkommen von etwa

1.700 Euro (brutto 14-mal) sind die Entlastungen gering. Die „ärmere“ Hälfte der ÖsterreicherInnen würde also wenig bis nichts bekommen. Danach steigt die Entlastung bis zu einem Monatseinkommen von 6.000 Euro auf 1.600 Euro pro Jahr.

Die FPÖ möchte die Steuern in etwa gleichem Ausmaß senken wie die ÖVP, konkretisiert das aber nicht.

## KÖRPERSCHAFTSSTEUER AUF NICHT ENTNOMMENE GEWINNE

Die ÖVP möchte diese streichen, die FPÖ halbieren. Das wird die Finanzinvestitionen der nicht-finanziellen Unternehmen beflügeln, seit mehr als 30 Jahren haben sie diese – in allen Industrieländern – zulasten der Real-

## „POLITISCH WIRD DIE NEUE REGIERUNG DIE SOZIALPARTNERSCHAFT SCHWÄCHEN, INSBESONDERE DIE ARBEITNEHMERVERTRETUNG.“

kommen fast nichts, insbesondere kinderreiche Familien werden den Bonus kaum nützen können.

Die FPÖ möchte ein „Splittingssystem“ einführen: Das Familieneinkommen wird durch die Zahl der Mitglieder geteilt (abgestuft nach Partner und Alter der Kinder) und dieser Betrag ist Grundlage der Besteuerung. Eigenständige Erwerbstätigkeit der Frauen wird dadurch massiv benachteiligt.

### STAATSEINNAHMEN SENKEN

Insgesamt wollen ÖVP und FPÖ so die Staatseinnahmen um 12 bis 14 Milliarden Euro pro Jahr senken. Dennoch soll das Defizit nicht steigen: Die Steuersenkungen würden laut ÖVP das Wirtschaftswachstum so stark erhöhen, dass vier bis fünf Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen entstünden. Zusätzlich sollen durch „eine vernünftige Ausgabenbremse“ bis zu fünf Milliarden Euro und durch „verbesserte Systemeffizienz“ vier Milliarden Euro eingespart werden. Die FPÖ rechnet mit einer ähnlich hohen Gegenfinanzierung und benennt explizit eine Kürzung der Sozialausgaben um fünf Milliarden Euro.

Tatsächlich werden die Wachstumseffekte viel geringer sein, weil die Steuersenkungen den Besser- und Bestverdienern zugute kommen (sie geben davon nur einen relativ kleinen Teil wieder aus). Außerdem hat man auf die negativen Wachstumseffekte der Ausgabenkürzungen gänzlich vergessen.

Da die ÖVP die Staatsausgaben real stagnieren lassen will (sie

sollen nur im Ausmaß der Inflation steigen) und bei der Sicherheit nicht sparen wird, muss auch sie im Sozialbereich kürzen. Ausgesprochen wird das aber (bisher) nicht.

### SOZIALABBAU

Nur bei der Mindestsicherung, insbesondere für Flüchtlinge, bestätigt auch die ÖVP den Sozialabbau. Denn der Abstand zu den „Leistungsbereiten“ müsse größer werden. Doch was hat ein Geringverdiener davon, wenn einer noch schwächeren Person – meist alleinerziehende Mütter – die Existenzgrundlage entzogen wird? Wenn Asylberechtigte fünf Jahre lang nur die Hälfte des Existenzminimums bekommen (560 Euro), fördert man Kleinkriminalität und das lässt sich dann politisch verwerten.

Politisch wird die neue Regierung die Sozialpartnerschaft schwächen, insbesondere die ArbeitnehmerInnenvertretung. Sie wird dies aber nicht durch Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer tun – gelte dies nicht auch für die Wirtschaftskammer, wäre die Optik zu schlecht. Doch mit dem Argument der Entlastung der ArbeitnehmerInnen und der Lohnnebenkosten, wird man die Arbeiterkammerbeiträge senken. Würden sie um 50 Prozent reduziert, könnte die AK die Beratung ihrer Mitglieder und ihre sonstigen ExpertInnen nicht mehr finanzieren. Das wäre ein politisch opportuner „Nebeneffekt“.

investitionen ausgeweitet (der wichtigste Grund für die unzureichende Schaffung „normaler“ Arbeitsplätze). In Österreich haben sie bisher 250 Milliarden Euro an Wertpapieren akkumuliert. Diese Steuersenkung kommt den Reichsten zugute (nur vier Prozent aller Haushalte sind mit mehr als 100.000 Euro an Kapitalgesellschaften beteiligt).

### FAMILIENFÖRDERUNG

Für jedes Kind plant die ÖVP einen Steuerbonus von 1.500 Euro pro Jahr. Allerdings kommt eine Person mit zwei Kindern erst ab einem Monatseinkommen von 2.500 Euro (14-mal) in den vollen Genuss (25 Prozent der Erwerbstätigen), die Kinder der 50 Prozent „ärmeren“ Menschen be-

### ZUR PERSON

**Stephan Schulmeister** ist unabhängiger Wirtschaftsforscher in Wien. Er war seit 1972 am WIFO tätig im Bereich „mittelfristige Prognose, längerfristige Wirtschaftsentwicklung, Finanzmärkte und internationaler Handel“.



## Metallindustrie: Zeit war's

Die Beschäftigten in der Metallindustrie können sich über eine Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter um drei Prozent freuen.

**F**ür jene, die schon länger bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Metallindustrie dabei sind, war diese Runde des Jahres 2017 eine ganz besondere.

Geendet hat die Runde nach insgesamt über 50 Verhandlungsstunden mit einem sehr erfreulichen Ergebnis. Neben der linearen Anhebung der Ist- und KV-Löhne und -Gehälter um drei Prozent gibt es auch eine nunmehr vollständige Anrechnung der Karenzzeiten und eine schrittweise Anhebung der Vergütung der Reisekosten bei Dienstreisen in die neuen EU-Länder. Beides waren zentrale Forderungen der Gewerkschaften, die teilweise schon jahrelang bestanden und erst jetzt umgesetzt werden konnten.



**Karl Dürtscher**, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp: „Der Abschluss bedeutet bei einer Inflationsrate von 1,9 Prozent einen deutlichen Reallohnzuwachs. Hinzu kommen Verbesserungen bei Auslandsdienstreisen und bei der Karenzanrechnung.“

### „ÜBERHOLTE RITUALE“

Die Arbeitgeberseite, konkret die Verhandler des Fachverbands der Metalltechnischen Industrie hat wiederholt Kritik an den „überholten“ Ritualen vorgebracht. Dabei wurden haben genau diese Personen sie selbst mitverursacht. Es waren die Arbeit-

geber, die in einer Hinhaltenaktik über viele Runden hinweg nicht Willens waren, ein konkretes Angebot zu legen und die offenbaren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Inflationsrate nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Dies war eine der wesentlichen Ursachen für die Länge dieser Verhandlungsrunde, die sich von den Gewerkschaften so niemand gewünscht hat.

### GROSSE KAMPFBEREITSCHAFT

Eine der bemerkenswertesten Tatsachen war das, was sich in diesen Wochen in den Betrieben der Metallindustrie abgespielt hat. Schon vor dem Start der Verhandlungen wurden die Beschäftigten eingeladen, auf [www.dubistgewerkschaft.at](http://www.dubistgewerkschaft.at) das Forderungsprogramm zu unterstützen. Tausende Beschäftigte posteten Bilder ihrer betrieblichen Aktionen. Als es aufgrund der fortdauernden Blockadehaltung der Arbeitgeber zu Betriebsversammlungen und Streikbeschlüssen kam, berichteten die BetriebsrätInnen unisono, dass sie noch nie eine so starke Beteiligung und eine so kämpferische Stimmung erlebt hätten.

Genau dieses Momentum ließ die Arbeitgeber schließlich einlenken: Sie stimmten einem den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechenden Abschluss zu. Neben dem Geschick des Verhandlungsteams rund um Rainer Wimmer (PRO-GE) und Karl Dürtscher (GPA-djp) und dem entschlossenen Agieren der BetriebsrätInnen waren es die tausenden Beschäftigten, die durch ihr solidarisches Handeln, diesen Abschluss möglich gemacht haben.

### SCHLUSSFOLGERUNGEN

Daraus gilt es nun Schlussfolgerungen für künftige Auseinandersetzungen zu ziehen, die mit Sicherheit auf die Gewerkschaftsbewegung zukommen: Die Gewerkschaften genießen offenbar hohes Vertrauen, wenn es darum geht, elementare Rechte und eine Verhandlungspartnerschaft auf Augenhöhe zu erkämpfen. Darauf lässt sich aufbauen. Gerade jetzt ist auch ein guter Zeitpunkt, KollegInnen, Bekannte und Freunde auf eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft anzusprechen. ●

Martin Panholzer

## HANDEL

### Gehaltsplus, bessere Bildungschancen, Aus für unbezahlte Praktika



**Kollektivvertrag.** Die Sozialpartner im Handel einigten sich nach drei Verhandlungsrunden auf eine Gehaltserhöhung sowie ein Bildungspaket für die MitarbeiterInnen. Die Gehälter der Gehaltsordnung ALT werden um 2,35 bis 2,6 Prozent erhöht – mindestens jedoch um 40 Euro. Im neuen Gehaltssystem wurde das Einstiegsgehalt auf 1.636 Euro erhöht. Lehrlinge bekommen mindestens

20 Euro mehr. Das Bildungspaket stellt die berufsbegleitende Bildung auf neue Beine: Der Zugang zu Weiterbildung wird erleichtert, weil Arbeitgeber bei rechtzeitiger Bekanntgabe (zwei Monate vorher) darauf Rücksicht nehmen müssen. Vereinbart wurde schließlich auch das Aus für unbezahlte Pflichtpraktika: Ab 1. Jänner gelten klare Regelungen zu Entlohnung und Vertragsgestaltungen. ●

## ARBEITSINSPEKTORATE

### Betriebsräte zufrieden

**Befragung.** Fast 70 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden sind der Ansicht, dass die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat sehr wichtig ist. Das bestätigt eine Befragung des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW), die unter Betriebsratsvorsitzenden und Sicherheitsvertrauenspersonen durchgeführt wurde.

32 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden und 44 Prozent der Sicherheitsvertrauenspersonen hatten noch keinen Kontakt mit dem Arbeitsinspektorat – trotz der Verpflichtung des Arbeitgebers, den Betriebsrat bei Kontrollen beizuziehen. Die, die bereits in Kontakt

mit dem Arbeitsinspektorat waren, zeichnen ein durchwegs positives Bild: 84 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden und 87 Prozent der Sicherheitsvertrauenspersonen (die vom Arbeitgeber bestellt werden) bewerten die Zusammenarbeit positiv.

Immerhin 44 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden wünschen sich häufigere Kontrollen. Die Änderungsvorschläge seitens des Arbeitsinspektorats sind laut 89 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden sehr gut oder eher gut umsetzbar. Bei den Sicherheitsvertrauenspersonen vertreten 86 Prozent diese Meinung. ●

## GPA-DJP

### Neuer Mitgliedsbeitrag 2018

**Mitgliederinformation.** Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1 Prozent des Bruttogehalts, maximal aber 32,10 Euro.

- Arbeitslose, Zweitmitgliedschaften, unbezahlte Freistellungen sowie vorzeitiger Mutterschutz: 1,80 Euro pro Monat
- Geringfügig Beschäftigte: 2 Euro pro Monat
- Präsenzdienster, Zivildienster, KindergeldbezieherInnen ohne Vormitgliedschaft: 1,80 Euro pro Monat
- SchülerInnen/StudentInnen: 12 Euro pro Jahr
- Außerordentliche Mitglieder: 21,60 Euro pro Jahr
- PensionistInnen: 3 Euro pro Monat bzw. 36 Euro pro Jahr
- PensionistInnen-JournalistInnen mit Presseausweis: 8 Euro pro Monat
- Atypisch Beschäftigte, WerkvertragsnehmerInnen, freie DienstnehmerInnen sowie
- freie JournalistInnen mit Presseausweis: 1 Prozent vom Bruttogehalt, mindestens 10 Euro pro Monat

Beitragsfreiheit gilt während: Elternkarenz, Bildungskarenz, Zivildienst, Präsenzdienst, Krankheit (im aufrechten Dienstverhältnis) ohne Gehaltsbezug. ●



Karoline Paschos, Bettina Hartl und Sabine Eigelsreiter (v. l. n. r.) bringen ihre eigenen höchst unterschiedlichen Berufserfahrungen als Tierärztinnen bei der Plattform für junge Tierärzte ein.

# Tierärztinnen wehren sich

Angestellte TierärztInnen sind vom Wohlwollen ihrer ArbeitgeberInnen abhängig. Eine Gruppe junger TierärztInnen kämpft um bessere Arbeitsbedingungen und einen Kollektivvertrag.

**E**s gibt nicht viele Branchen in Österreich, in denen es keinen Kollektivvertrag gibt. Der Bereich Tiermedizin ist jedoch ein solcher: Wer als Angestellte/r bei einem Veterinär arbeitet, dessen Arbeitsalltag wird einzig und allein durch seinen Arbeitgeber, seine Arbeitgeberin bestimmt. Seit 2012 gibt es zwar einen Mindestlohn tarif, der inzwischen auch von der Tierärztekammer als Empfehlung an ihre Mitglieder weitergegeben wird. Doch dieser ist niedrig. Wer zu ar-

beiten beginnt, erhält für 40 Wochenstunden 1.900 Euro brutto, ab dem siebenten Monat gibt es 2.050 Euro brutto, ab dem dritten Jahr dann 2.300 Euro.

Was aber wäre ein adäquater Gehalt? Und wo hakt es sonst noch? 2011 formierte sich die Plattform „Junge Tierärzte“. „Hier versammelten sich junge Tierärzte und Tierärztinnen, die mit den Arbeitsbedingungen unzufrieden waren“, erzählt Sabine Eigelsreiter. Sie selbst hat viele Jahre in einer Rinderpraxis am Land, später

in einer Kleintierpraxis in Wien gearbeitet. Derzeit ist sie in Karenz – sie erwartet in Kürze ihr zweites Kind. Auch ihre Plattform-Kolleginnen Karoline Paschos, sie ist angestellte Tierärztin in einer Kleintierpraxis in Wien, und Bettina Hartl, die an der Veterinärmedizinischen Universität beschäftigt ist, sind junge Mütter.

## MEHR FRAUEN ALS MÄNNER

Insgesamt wird der Berufsstand immer weiblicher – 80 Prozent der Studierenden sind heute

### Plattform junge Tierärzte

2011 formierte sich die Plattform. BerufseinsteigerInnen, die mit den Arbeitsbedingungen unzufrieden waren, mehrheitlich Frauen, setzen sich gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen ein und kämpfen für einen eigenen Kollektivvertrag.

<https://junge-tieraerzte.jimdo.com>

Frauen. Noch sind, vor allem am Land, viele Tierärzte Männer – doch in einigen Jahren wird sich das Geschlechterverhältnis rasch drehen. Rund 1.000 TierärztInnen sind heute über 50 Jahre alt und werden in den nächsten 15 Jahren in Pension gehen, der Großteil von ihnen ist männlich.

### ARBEITEN NACH BEDARF

Österreichweit gibt es heute rund 3.100 aktive Tierärzte und Tierärztinnen. Mehr als 2.150 von ihnen arbeiten selbstständig, 200 sind an der Veterinärmedizinischen Universität Wien angestellt, damit fallen sie unter einen Kollektivvertrag. Jene rund 700 aber, die entweder in einer Ordination oder einer Klinik angestellt sind, für die gilt lediglich das Arbeitszeitgesetz – und der empfohlene Mindestlohn. Die drei Tierärztinnen wissen aber aus der Praxis: Oft ist das Arbeitszeitgesetz leider nur Makulatur. „In vielen Praxen, vor allem Großtierpraxen, richtet sich die Arbeitszeit nach dem Arbeitsanfall. Der Chef erwartet, dass du in der Früh kommst und so lange bleibst, solange Arbeit da ist. Dann kannst du vielleicht um fünf nach Hause gehen oder um sieben oder um elf am Abend“, so Eiglsreiter.

In Kleintierpraxen gebe es wiederum oft ein anderes Problem, nämlich, dass der oder die Angestellte aufgrund kurzer täglicher Öffnungszeiten auf wenige Stunden komme, gleichzeitig aber keinen zweiten Job annehmen könne, da sich hier Arbeitszeiten wiederum überschneiden würden, sagt Paschos. „Und wenn der Chef auf Urlaub ist, muss man zwei Wochen durcharbeiten“, so Hartl. Paschos ergänzt: „Ziel von Tierärzten mit Einzelpraxen ist,

sich so eine Vertretung anzustellen, damit sie jederzeit auf Urlaub gehen können. Das spießt sich dann aber mit dem Arbeitszeitgesetz.“ Nochmals anders ist die Situation in Kliniken, erklärt Hartl. „Da gibt es Nacht- und Wochenenddienste, für die man aber keinen Zeitausgleich bekommt.“ Fazit von Paschos: „Entweder du hackelst zu viel, oder du musst schauen, dass du deine Stunden zusammenbringst.“

Die Plattform „Junge Tierärzte“ ist inzwischen nicht nur außerhalb der Tierärztekammer aktiv, sondern auch innerhalb. Mit dem Tierärztekammergesetz von 2012 kam auch eine Vertretung angestellter TierärztInnen in der

## „OFT IST DAS ARBEITSZEITGESETZ LEIDER NUR MAKULATUR“

Kammer. Die größere Mitgliedergruppe sind aber weiterhin die selbstständigen Veterinäre. Und sie sperren sich noch mehrheitlich gegen einen Kollektivvertrag für angestellte MitarbeiterInnen.

### ADÄQUATES EINSTIEGSGEHALT

Deren Forderungen lesen sich allerdings alles andere als überzogen: Ein Kollektivvertrag soll einerseits ein für AkademikerInnen adäquates Einstiegsgehalt bringen. Eiglsreiter nennt hier 2.400 Euro brutto für 38 Wochenstunden. Andererseits wünschen sich die drei Tierärztinnen klare Arbeitszeitregelungen. „Wir sind durchaus flexibel und arbeiten auch gerne abends, in der Nacht oder am Wochenende. Aber wir

wollen das dann auch abgegolten bekommen – finanziell und mit Zeitausgleich“, sagt Paschos. Sie pocht zudem auf bessere Planung. Wie auch in anderen Branchen üblich, sollen ArbeitnehmerInnen Dienstpläne zwei Wochen im Voraus bekommen. Das sei derzeit nicht Standard.

### FREIZEIT PLANEN KÖNNEN

Dadurch würde Freizeit besser planbar – aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Grundsätzlich hätten es aber alle Frauen in diesem Beruf nicht besonders leicht, Kinder und Job unter einen Hut zu bekommen, weder die selbstständigen noch die angestellten. „Die selbstständigen Tierärztinnen können die Kinder allerdings in ihre Praxis bei Bedarf mitnehmen“, gibt Hartl zu beden-

ken. „Wenn ich angestellt bin, ist es dagegen nicht erwünscht, dass ich meine Kinder mitbringe“, so Eiglsreiter.

### POSITIVE AUSNAHMEN

Es gebe allerdings durchaus TierärztInnen, die ihre MitarbeiterInnen schon jetzt über dem empfohlenen Mindestlohn bezahlen, und wo es gute Arbeitszeitregelungen gibt, betonen die Plattform-Vertreterinnen. Beim Gros sei es aber eben anders. Es wäre zeitgemäß, wenn alle angestellten TierärztInnen nicht von der Gunst eines Chefs oder einer Chefin abhängig wären, sondern es mit einem Kollektivvertrag eine klare Regelung gäbe. ●

Alexia Weiss

**D**ie Zahl der durch den Österreichischen Presserat behandelten Fälle ist seit dem ersten Jahr (2011) von 80 auf 307 (2016) gestiegen. Die nach oben zeigende Kurve ist auch dem gestiegenen Bekanntheitsgrad des Österreichischen Presserats geschuldet. Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu. Vor allem aber spiegelt sie die erhöhte Skepsis gegenüber den Medien wider, und dass sich so etwas wie eine Verschwörungskultur immer breiteren Raum verschafft.

Lügenpresse, „alternative Fakten“, Fake News. Wir kennen die Schlagworte. Meist sind sie nicht mehr als das. Und dennoch: Sie drücken die Verunsicherung vieler Menschen aus: Wem soll, wem kann man noch glauben? Wo doch (auch das klingt immer wieder durch) die Medien ohnehin alle „gleichgeschaltet“ sind. Gegen eine vermeintliche Gleichschaltung spricht schon allein der Umstand, dass sich Links wie Rechts beim Presserat beschwert. Trotz unterschiedlicher Wertehaltung, Stil, Wort- und Bildwahl, was sogenannter böser Boulevard und sogenannte Qualitätspresse veröffentlichen, ruft Leser und Leserinnen gleichsam auf den Plan.

### SCHWIERIGE WAHRHEITSFINDUNG

Was nun wahr ist oder nicht, was da auf Papier oder am Bildschirm geschrieben steht, will nur eine Minderheit vom Presserat geklärt wissen. Manchmal bauen wir Journalisten wirklich Mist und berichten Falsches, weil beispielsweise die Grundregeln von Recherche und Gegenrecherche nicht eingehalten wurden. Da gibt's nichts zu beschönigen. Viel

### Entscheidungen des Presserats:

58 Entscheidungen traf der Presserat 2017 bisher. 18 davon betrafen die Kronenzeitung bzw. krone.at, 13 die Zeitung Österreich bzw. oe24.at.

[www.presserat.at](http://www.presserat.at)



# Gegen Unwahrheiten und Fake-News

Der Presserat soll Missstände in der österreichischen Medienlandschaft aufzeigen und diesen entgegenwirken. Damit kommt ihm eine wesentliche demokratiepolitische Aufgabe zu.

öfter ist der Hintergrund einer Beschwerde, dass eine Person oder ein ganzer Personenkreis durch bestimmte Inhalte verletzt und verunglimpft werde oder gewisse Inhalte den MedienkonsumentInnen nicht zumutbar seien. Das sind zutiefst ethische Fragen, über die ein Senat des Presserats zu entscheiden hat.

Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp hat sich federführend dafür eingesetzt, dass der österreichische Presserat 2010 wieder als Selbstregulierungseinrich-

tung ins Leben gerufen wurde. Weil er der redaktionellen Qualitätssicherung sowie der Gewährleistung der Pressefreiheit dient und somit genuine Anliegen eines Berufsstandes berührt. Oder, um den Vorsitzenden der Journalistengewerkschaft Franz C. Bauer anlässlich der Neugründung zu zitieren: „Meinungsfreiheit kann nun wieder authentisch durch die in Medien Arbeitenden interpretiert werden, wie das in jedem zivilisierten Land üblich ist.“

Illustration: Peter M. Hoffmann



## EHRENKODEX FÜR DIE PRESSE

Journalismus hat eine essenzielle demokratiepolitische Funktion. Das bedeutet aber auch Verantwortung im Umgang mit Informationen und deren Verbreitung. Der Presserat hat daher einen „Ehrenkodex für die österreichische Presse“ erstellt, der Regeln für gutes und verantwortungsvolles journalistisches Handeln enthält und eine ethische Richtschnur für Medienschaffende ist. Dieser Kodex bildet die Grundlage für die Entscheidungen der Senate des Presserates.

Die Journalistengewerkschaft ist eine der sechs Trägerorganisationen des Presserates. Die fünf anderen sind der Verband der Österreichischen Zeitungen, der Zeitschriften- und Fachmedienverband, der Verband der Regionalmedien, der Verein der Chefredakteure sowie der Presseclub

Condordia. Die mittlerweile drei Senate sind paritätisch von Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnenseite besetzt. Den Vorsitz führen rechtskundige Personen, die Senatssprecher und alle weiteren Mitglieder sind JournalistInnen. Diese sind überwiegend Angestellte, aber auch freie JournalistInnen können ihre Praxiserfahrung einbringen.

Denn journalistisches Arbeiten verändert sich laufend – nicht nur durch den technologischen Wandel innerhalb und außerhalb der Redaktionen. Dazu zählt beispielsweise der wachsende Druck durch PR und Lobbying. Wenn, wie jüngst, Koalitionsverhandler nur den eigenen Fotografen zulassen und die Redaktionen dann mit genehmen Bildern „versorgen“, ist das eine beunruhigende Entwicklung. Erst recht, wenn die Medien hier auch noch mitspielen.

Laut seinen Statuten hat der Presserat die Aufgabe, Missstände im Pressewesen aufzuzeigen und diesen entgegenzuwirken. Und hier reden wir ausschließlich von der Zuständigkeit für Printprodukte bzw. deren Online-Ablegern. Weder Zeitungen und Zeitschriften und schon gar nicht ihre elektronischen Namenspendants können sich von den Entwicklungen der modernen Medienwelt abkoppeln. Wenn im „Reality“-TV Menschen ohne Genierier vorgeführt werden oder aus einem YouTube-Video eines Augenzeugen sprichwörtlich das Blut rinnt, müssen die, nennen wir sie: angestammten Medienhäuser bei

allen Auswüchsen mitziehen? Wann ist eine Hemmschwelle in der Berichterstattung überschritten, und mit welcher Formulierung wird ein Kommentar, eine Beschreibung im Sinne des Ehrenkodex verletzend?

Das sind für mich die spannendsten Diskussionspunkte im Senat. Exemplarisch für besonders heikle Spannungsfelder, in denen die Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen und wir

im Presserat stehen, nenne ich hier aufwühlende Fotos von Terroranschlägen oder die Bilder des getöteten

## „DIE HÄUFIGSTEN GRÜNDE FÜR EINE BESCHWERDE BEIM PRESSERAT SIND BELEIDIGUNGEN GEGEN EINZELNE ODER PERSONENGRUPPEN.“

Muammar al-Gaddafi. Für mich stellen sie zeitgeschichtliche Dokumente dar, und ich wäge hier eher zugunsten des Informationsauftrages der Medien ab. Dem muss entgegengehalten werden, ob das jeweilige Bild schon an sich oder „nur“ die Form der Aufmachung den Ehrenkodex verletzt. Darüber wird im Einzelfall abgestimmt. Hilfreich für uns ist, dass soll nicht unerwähnt bleiben, dass die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter des Österreichischen Presserates in den Senaten als Beisitzer fungieren. Sie behalten für uns den Überblick, wie die jeweils anderen Senate in vergleichbaren Fällen entschieden haben.

Schlussendlich hat sich auch der Presserat dem Urteil der Öffentlichkeit zu stellen. Führt die Entscheidung zur Diskussion über die Aufgabe und das Ansehen der Presse, ist das gut. ●

Arno Miller

### ZUR PERSON

**Arno Miller**, Jahrgang 1959, arbeitet als freier Journalist in Brezgenz. Er ist Mitglied im Präsidium der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp und entsandt in den Presserat.

# KONKRET

## Faktencheck Verteilung

Wir beantworten die wichtigsten Fragen rund um die Verteilung von Einkommen und Vermögen.

### ? Wie sind die Einkommen verteilt?

Die (Markt-)Einkommen der ÖsterreicherInnen sind nicht besonders fair verteilt. Berechnungen des WIFO zeigen, dass die Summe der Einkommen im obersten Fünftel fast so hoch ist wie die Gesamtsumme der Einkommen der anderen vier Fünftel. 48 Prozent der Einkommen wandern in die Taschen der bestverdienenden 20 Prozent. Für die am wenigsten verdienenden 20 Prozent bleiben dagegen nur zwei Prozent. Dieses Ungleichgewicht hat sich seit 1995 deutlich verstärkt. Damals betrug der Anteil der Bestverdienenden noch 44 Prozent.

Die „unteren“ 90 Prozent besitzen zusammen nur etwa 34,2 Prozent des Vermögens. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt überhaupt nur 2,5 Prozent des Vermögens.

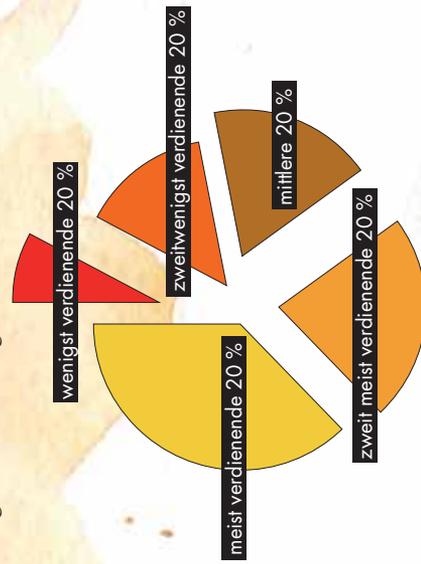
### ? Wie hoch sind die Vermögen in Österreich?

In absoluten Zahlen heißt das, dass das reichste Prozent der Bevölkerung ein Nettovermögen von durchschnittlich 14 Millionen Euro pro Haushalt besitzt. Insgesamt sind das 534 Milliarden Euro. Wie krass die Ungleichverteilung ist, wird deutlich, wenn man sich im Vergleich dazu die reichsten zwei bis fünf Prozent ansieht: Diese besit-

giesektor etwa liegt um 50 Prozent über dem Durchschnittseinkommen, der Tourismus um 46 Prozent darunter. Unter dem Durchschnitt liegen auch der Handel und die Bau- und „sonstige Dienstleistungen“. Überdurchschnittlich viel verdienen auch Beschäftigte in Industrie und Finanzbranche. Wie stark sich das Alter auf das Einkommen auswirkt hängt davon ab, ob man als ArbeiterIn, Angestellte/r oder Beamter/Beamtin beschäftigt ist. Während es bei ArbeiterInnen kaum altersbedingte Unterschiede beim Einkommen gibt, verdienen 60-jährige Angestellte und Beamte im Durchschnitt etwa das Doppelte ihrer um 30 Jahre jüngeren KollegInnen.

## ? Was haben Steuern und Sozialleistungen mit der Einkommensverteilung zu tun?

Steuern und Sozialleistung verändern die Verteilung der Einkommen dramatisch. Nach Abzug von Steuern und Abgaben und inklusive Sozialleistungen steigt der Anteil der 20 Prozent mit den niedrigsten Einkommen auf immerhin acht Prozent. Der Anteil der 20 Prozent mit den höchsten Einkommen sinkt dagegen auf 37 Prozent. Ohne Steuern und Sozialleistungen wäre das Einkommen pro Person im obersten Einkommensfünftel 20-mal so hoch wie im untersten Fünftel. Das Resultat dieser Umverteilung durch den Staat ist, dass die verfügbaren Einkommen in Österreich relativ gleichmäßig verteilt sind, das reale verfügbare Einkommen in der Mitte der Gesellschaft relativ hoch ist. Laut EUROSTAT liegt Österreich hier im EU-Vergleich hinter Luxemburg an 2. Stelle. Umgekehrt bedeutet das, dass Kürzungen von Sozialleistungen zum Anwachsen der Ungleichverteilung in der Gesellschaft führen.



Verteilung der verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen

Daten: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WFO-Berechnungen, Sozialministerium

## ? Welche Faktoren spielen bei der Einkommenshöhe eine Rolle?

Die Höhe des Einkommens hängt ganz wesentlich von der Branche ab, in der man beschäftigt ist, aber auch vom Alter, vom Geschlecht und vom Stundenausmaß. Der Ener-

Überdurchschnittlich groß sind in Österreich die Einkommensunterschiede nach Geschlecht: Frauen verdienen in Österreich fast ein Viertel weniger als Männer, laut Eurostat um 22,9 Prozent. Das ist der vorletzte Platz in der EU.

Unmittelbar damit in Zusammenhang steht der Einkommensunterschied zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Um 24,2 Prozent verdienen Teilzeitbeschäftigte pro Stunde weniger als Vollzeitbeschäftigte.

## ? Wie kommt es zu den wachsenden Ungleichheiten bei den Einkommen?

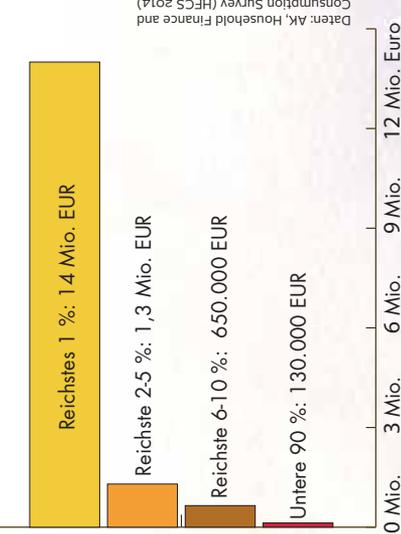
In den letzten 20 Jahren sind die Einkommen in den oberen Einkommensgruppen deutlich stärker gewachsen als die in den unteren, gleichzeitig ist der Niedriglohnbereich größer geworden. (Als Niedriglohnschwelle gelten zwei Drittel des Durchschnittseinkommens.) Das liegt nicht zuletzt daran, dass es immer mehr Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte gibt, außerdem immer mehr Leiharbeitskräfte. Je größer der schlechter bezahlte Dienstleistungsbereich wird, umso größer wird auch der Niedriglohnbereich. Auch die hohe Arbeitslosigkeit spielt eine Rolle, denn für viele Menschen bedeutet die Wiederbeschäftigung, dass sie mit geringeren Löhnen vorliebnehmen müssen.

## ? Wie sind Vermögen verteilt?

Private Vermögen sind viel ungleicher verteilt als Einkommen. Laut aktuellen Schätzungen der Kepler Universität Linz sind die Vermögen in Österreich sogar noch wesentlich ungleicher verteilt als angenommen: Das reichste Prozent besitzt in Österreich rund 40,5 Prozent des gesamten privaten Vermögens. (Bisher war man von 25 Prozent ausgegangen.) Weitere 15,7 Prozent des gesamten privaten Vermögens in Österreich besitzen die folgenden zwei bis fünf Prozent. Das heißt, die reichsten fünf Prozent halten gemeinsam 56 Prozent des Vermögens.

zen im Schnitt nur noch ein Zehntel davon. Insgesamt besitzen privaten Haushalte in Österreich 1.317 Milliarden Euro an Vermögen. Das gesamte Vermögen der Republik Österreich beträgt im Vergleich dazu 396 Milliarden.

Wer hat im Durchschnitt wieviel Nettovermögen?



Daten: Ar, Household Finance and Consumption Survey (HFCS 2014)

## ? Welche Rolle spielt das Geschlecht bei der Vermögensverteilung?

Männer sind in Österreich wesentlich vermöglicher als Frauen. Eine Studie des Forschungsinstituts Economics of Inequality der WU Wien zeigt, dass Männer um 23 Prozent mehr Nettovermögen besitzen als Frauen. Dieser Gender Wealth Gap, also die Vermögenslücke zwischen Männern und Frauen, beruht vor allem auf einer massiven Ungleichverteilung innerhalb der reichsten Haushalte.

## ? Wie wird man reich?

Die größten Reichtümer werden nicht erarbeitet, sondern geerbt. Nur 35,7 Prozent der österreichischen Haushalte haben überhaupt schon einmal geerbt. Analysiert man, wie die Vermögensungleichheit zustande kommt, wird deutlich, dass die Ungleichheit zu fast 40 Prozent durch Erbschaften und Schenkungen erklärt werden kann. Einkommensunterschiede spielen dagegen nur zu 20 Prozent eine Rolle.



## Oh du fröhliche ...

Die einen freuen sich das ganze Jahr darauf, den anderen graut davor: An Firmenweihnachtsfeiern scheiden sich die Geister. Wir beantworten Fragen rund um das kollektive Feiern im Betrieb.

**W**ährend die einen gerne mit KollegInnen feiern, haben die anderen keine Lust, bei lauter Musik mit alkoholisierten MitarbeiterInnen beisammensitzen und gute Laune vorzugaukeln. Deshalb sind die RechtsberaterInnen der GPA-djp in der Vorweihnachtszeit auch immer wieder mit den unterschiedlichsten Fragen zur Firmenweihnachtsfeier konfrontiert.

### PFLICHT ZUR WEIHNACHTSFEIER?

Susanne B. stellt eine sehr häufige Frage: „Muss ich eigentlich zur Weihnachtsfeier gehen? Ich würde die Zeit lieber mit Weih-

nachtseinkäufen verbringen.“ „Nun, das kommt darauf an“, erhält sie zur Antwort, „ob die Weihnachtsfeier während oder außerhalb der Arbeitszeit stattfindet.“ Eine Verpflichtung, an der Weihnachtsfeier teilzunehmen, gibt es grundsätzlich nicht. Allerdings sollte man sich gut überlegen, wie das „Schwänzen“ der Weihnachtsfeier von ChefIn und KollegInnen aufgenommen wird.

Findet die Weihnachtsfeier außerhalb der Arbeitszeit statt, ist es selbstverständlich möglich, auf die Teilnahme zu verzichten und stattdessen Weihnachtseinkäufe zu erledigen. Findet die Feier während der Arbeitszeit statt, gibt es nur zwei Möglichkeiten: An der

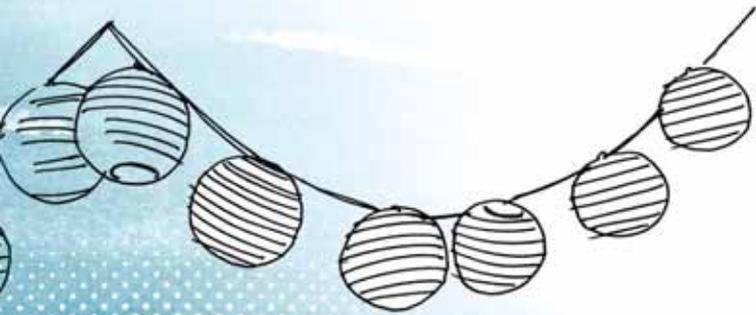
### Feiern in der Arbeitszeit?

An Feiern in der Arbeitszeit kann man teilnehmen oder weiterarbeiten. Verpflichtet zum Mitfeiern ist niemand. Ein Recht auf eine Weihnachtsfeier gibt es allerdings auch nicht.

Feier teilzunehmen (bei Fortzahlung des Entgelts) oder weiterzuarbeiten. Auf eine Abgeltung der Nichtteilnahme an der Feier in Form von Geld oder Gutzeit besteht kein Anspruch.

### ALKOHOL BEI DER FEIER

Harald G. möchte wissen, ob der Arbeitgeber auf der Weihnachtsfeier den Konsum von Alkohol verbieten darf. „Wir feiern nach der Arbeit in einem Lokal“, sagt er, „und ich sehe nicht ein, weshalb ich nicht das eine oder andere Bier trinken sollte.“ Bei einer Feier außerhalb der Arbeitszeit könne ihm der Konsum von Alkohol nicht untersagt werden, erklärt der GPA-djp-Rechtsbera-



ter. Schließlich finde die Feier in seiner Freizeit statt. Anders wäre seine Frage bei einer Feier während der Arbeitszeit zu beantworten. Allerdings sollte Harald G. darauf achten, nicht zu viel zu trinken. Ein allfälliges Fehlverhalten aufgrund von Alkoholisierung – eine Ehrenbeleidigung, Rauferei oder sexuelle Belästigung – könnte schwerwiegende arbeitsrechtliche Folgen haben.

Gudrun P. erkundigt sich, ob ihr Arbeitgeber eine Firmenweihnachtsfeier ausrichten muss. „Jedes Jahr gab es eine Feier“, beklagt sie sich, „nur heuer nicht. Haben wir darauf nicht Anspruch?“ „Leider nein“, bekommt sie zu hören. Der Arbeitgeber ist nicht dazu verpflichtet, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, selbst dann nicht, wenn er dies in den Jahren davor getan hat.

## KEIN KAVALIERSDELIKT

Andere Fragen stellen sich erst nach der Firmenweihnachtsfeier: Petra U. empört sich darüber, beim Tanzen von einem Kollegen begripscht worden zu sein. „Ich habe mich gegen die Übergriffe gewehrt, aber der Kollege hat nur gelacht und auch der Chef ist nicht eingeschritten. Er hat gemeint, ich sollte mich nicht so anstellen, das wäre doch nur Spaß.“ Petra U. möchte das nicht auf sich sitzen lassen. „Was kann ich dagegen unternehmen?“, fragt sie. „Sie können Schadenersatz wegen sexueller Belästigung geltend machen“, erklärt die GPA-djp Rechts-

beraterin, „und zwar gegenüber dem Belästiger und dem Chef, denn der Chef hat auch während einer Firmenweihnachtsfeier Beistandspflicht.“

Udo D. schließlich hatte nach der Weihnachtsfeier auf dem Weg nach Hause einen Unfall. „Ist das ein Arbeitsunfall?“, will er wissen. „Ich war weder alkoholisiert noch trifft mich sonst ein Verschulden an dem Unfall.“ „Grundsätzlich deckt die Unfallversicherung Zeiten der Weihnachtsfeier sowie die Wege zur Feier und von der Feier nach Hause“, wird ihm versichert. „Das gilt allerdings nur, wenn Sie direkt von der Feier heimgegangen sind.“

Hätte Udo D. noch anderswo mit KollegInnen weitergefeiert, würde der „betriebliche Zusammenhang“ fehlen, wenn er auf dem Heimweg einen Unfall erlitt.

Und was passiert, wenn man am nächsten Tag so verkatert ist, dass man sich krankmelden muss? Vorsicht, hier ist stark zu bezweifeln, dass ein solcher Krankenstandstag entgeltspflichtig ist! Immerhin wurde der Krankenstand grob fahrlässig herbeigeführt.

Hier sollte gelten: Wer bis in die Nacht hinein feiern kann, muss auch am nächsten Tag zur Arbeit erscheinen oder – wohlweislich – schon von vornherein für den „Tag danach“ Urlaub vereinbaren. Anderenfalls könnte ihn der Kater teuer zu stehen kommen. ●

Andrea Komar



## Tipps fürs Feiern

**F**irmenweihnachtsfeiern haben in vielen Unternehmen Tradition und sollen den MitarbeiterInnen Lob und Anerkennung für ihre Leistung zollen. Ob eine solche Feier gelingt oder nicht, hängt allerdings in hohem Maße davon ab, wie gut oder schlecht das Betriebsklima während des Arbeitsjahres ist, und in welchem Rahmen die Feierlichkeiten stattfinden. Auch dann, wenn es bei der Firmenweihnachtsfeier sehr ausgelassen zugeht, sollten Sie folgende Fettnäpfchen jedenfalls auslassen:

- Alkohol sollten Sie nur sehr kontrolliert genießen, denn er löst die Zunge.
- Flirten sollte nicht in Anzüglichkeiten, allzu enges Tanzen oder Grapschen ausarten.
- Verbrüdern sollten Sie sich nur mit solchen Vorgesetzten, von denen Sie annehmen können, dass sie am nächsten Tag noch zum Du-Wort stehen.

Warum ist diese Vorsicht geboten? Sehr einfach: Weil unpassendes Verhalten auf einer Firmenweihnachtsfeier selbst außerhalb der Arbeitszeit unerfreuliche arbeitsrechtliche Konsequenzen haben kann.

Und der letzte Tipp: Bitte nicht über die Arbeit reden!

In diesem Sinn wünsche ich allen Lesern und Leserinnen viel Spaß bei der Firmenweihnachtsfeier! ●

**Rechtsexpertin Andrea Komar**

ist Leiterin der Rechtsabteilung der GPA-djp und Autorin der Rubrik KORREKT in der KOMPETENZ.



Der Neubau des historischen Breitenleer Hofes am entschleunigten Stadtrand Wiens verspricht hohe Wohnqualität für Alt und Jung.

# Historisches und modernes Wohnen in Breitenlee

Am Rande von Wien entsteht ein Wohnbauprojekt, das die Sanierung eines historischen Gebäudes und den Neubau einer modernen Wohnhausanlage miteinander vereint.

Bezahlte Anzeige

**D**er historische Breitenleer Hof ist über die Grenzen des 22. Wiener Gemeindebezirkes hinaus bekannt. Ein typisches Vorstadtgasthaus mit Festsaal und Schanigarten. Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA) hat dieses Grundstück erworben, um das bestehende Ensemble zwar zu modernisieren, jedoch weitgehend zu erhalten. Ziel ist es, den bestehenden traditionellen Festsaal zu sanieren.

## SCHUTZZONE BREITENLEE

Das langgezogene Grundstück erstreckt sich über mehr als 100 Meter bis zu den Stadtbreiten und bietet Platz für eine zweizeilige Bebauung. An der Straßenfront, in der Breitenleer Straße 242–244, besteht eine Schutzzone, die sicherstellen soll, dass das Ortsbild von Breitenlee erhalten wird.

Der Straßentrakt wird daher von seinem öffentlichen Erscheinungsbild nicht verändert. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befinden sich der Gutshof und die historische Stiftskirche des Schottenstiftes.

## GEFÖRDERTE MIETWOHNUNGEN UND FREIFINANZIERTES EIGENTUM

Anschließend an den Straßentrakt werden jeweils an der Grundstücksgrenze unterschiedliche Bauteile entsprechend der Flächenwidmung mit einer Höhe von zwei bis drei Geschossen neu errichtet und von einem Fußweg erschlossen. Hier plant die WBV-GPA 47 geförderte Mietwohnungen.

Im rückwärtigen Bauteil an der Stadtbreiten sind zwei Stadtvillen geplant, die freifinanziert errichtet werden und 28 Eigentumswohnungen umfassen.

## NEUER FESTSAAL

Der Festsaal enthält Jugendstilelemente und wird saniert. Er befindet sich im vorderen Teil des Hofes und verfügt über eine kleine Bühne. Künftig wird er als Gemeinschaftsraum für die Wohnhausanlage dienen, soll jedoch auch für Veranstaltungen im regionalen Umfeld zur Verfügung stehen.

## BREITENLEER HOF „NEU“

Der besondere Zuschnitt des Grundstückes ermöglicht eine spezielle Art des Wohnens, die sehr gemeinschaftsfördernd sein wird. Die Bebauungsstruktur entspricht der eines Angerdorfes, die in Breitenlee noch weit verbreitet ist.

## AUTOFREI MIT TIEFGARAGE

Der Breitenleer Hof „Neu“ wird autofrei sein und über eine Tiefgarage

Grafik: www.architekt-moosmann.com

verfügen, die von den Stadtbreiten im Süden erschlossen wird. Zwischen den Häuserzeilen entsteht ein geschützter Freiraum, der teilweise als gemeinschaftliches Grün und teilweise als individuelles Grün (Eigengarten mit Terrasse) genutzt werden kann. Für die Kinder bleibt Platz zum Spielen, für die Erwachsenen bietet sich ein Ort der Kommunikation.

**WOHNUNGSMIX MIT VERSCHIEDENEN WOHNUNGSTYPEN**

Aufgrund der dreigeschoßigen Bebauung kann auf Aufzüge verzichtet werden. Mit 2 A-Wohnungen (1 Zimmer), 11 B-Wohnungen (2 Zimmer), 10 C-Wohnungen (3 Zimmer), 15 D-Wohnungen (4 Zimmer), 1 E-Wohnung (5 Zimmer) und 8 Studios mit ca. 70 m<sup>2</sup> ist für ein breites Angebot gesorgt. Die Wohnungen verfügen größtenteils über wohnungsbezogene Freiräume, wie Balkone, Loggien, Terrassen oder Eigengärten, die zum Hof hin orientiert sind.

**INFRASTRUKTUR**

Hervorzuheben ist die Nähe zum Ortskern von Breitenlee und zum Schotterstift, die diverse lokale Angebote (Supermarkt, Kindergarten, Volksschule etc.) bietet. Das Umfeld ist zum Teil noch landwirtschaftlich genutzt. So können Lebensmittel im Direktverkauf von Bauern erworben werden.

Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr erfolgt durch eine Buslinie und wird durch die Eröffnung der Verlänge-

rung der U-Bahnlinie U 2 zur Seestadt Aspern und der damit einhergehenden Verdichtung des öffentlichen Nahverkehrs deutlich verbessert.

**FINANZIERUNGSBEITRAG, MIETE & FERTIGSTELLUNG**

Die Wohnungen sind zu zwei Drittel Mietwohnungen mit einer Kaufoption nach zehn Jahren und verfügen über einen zeitgemäßen hochwertigen Ausstattungsstandard. Der vorläufig kalkulierte Bau- und Grundkostenbeitrag dieser im Rahmen des WWFSG (Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz) geförderten Wohnungen beträgt ca. 510 Euro pro m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche. Die Gesamtmiete inklusive Betriebskosten und Umsatzsteuer beträgt ca. sieben Euro pro m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche und Monat.

Ein Drittel der Wohnungen sind supergeförderte Wohnungen mit einem geringeren Finanzierungsbeitrag jedoch ohne Kaufoption. Er beträgt ca. 64 Euro pro m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche, die dafür etwas höhere Gesamtmiete inklusive Betriebskosten und Umsatzsteuer ca. 8,70 Euro pro m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche und Monat. Ein Pkw-Abstellplatz kostet ca. 75 Euro pro Monat.

Es ist geplant, noch heuer mit dem Bau des Gesamtprojektes zu beginnen. Bei einer Bauzeit von ca. 18 Monaten ist mit einer Fertigstellung im ersten Halbjahr 2019 zu rechnen.

Christian Swoboda

**WOHNUNGSBERATUNG**

**Wohnbauvereinigung für Privatangestellte**

WBV-GPA Wohnungsservice – Gassenlokal  
1010 Wien, Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14  
Internet: [www.wbv-gpa.at](http://www.wbv-gpa.at)  
[wohnungsservice@wbv-gpa.at](mailto:wohnungsservice@wbv-gpa.at)

**FREIE WOHNUNGEN**

**Bestehende Objekte**

- 8020 Graz, Rebengasse 5, 2-Zimmer-Wohnungen, HWB 69,57 KWh/m<sup>2</sup>/a
- Frühlingstr. 31, 2-Zimmer-Wohnung, HWB 48,48 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 2640 Gloggnitz, Dr.-Martin-Luther-Str. 9, 2-Zimmer-Wohnung, 64 m<sup>2</sup>, HWB 52,48 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 8605 Kapfenberg, Pestalozzi-str. 5, 1-Zimmer-Wohnung, 34 m<sup>2</sup>, HWB 58,36 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 3002 Purkersdorf, Herrengasse 6, 5-Zimmer-Wohnungen, 112 m<sup>2</sup> HWB 39,00 KWh/m<sup>2</sup>/a



Grafik: www.architekt-moosmann.com



# Transparenz beim Onlinekauf

Wer seine Einkäufe im Internet tätigt, hat ein Recht auf Transparenz bei Produkten wie Preisen und sollte es vermeiden, im Voraus zu bezahlen.

Von Amazon bis Zalando – bereits jede zehnte Ware im Einzelhandel wird online bestellt. In Europa liegt Österreich mit 11,9 Prozent an zweiter Stelle hinter Großbritannien (16,9 Prozent). Wird die Ware online bei einer Firma erworben, gilt auch hier das Rücktrittsrecht innerhalb von 14 Tagen. Der Verkäufer muss Verkaufspreis und ausgewiesene Versandkosten zurückerstatten. Ausnahmen gelten nur bei personalisierten Produkten (z. B. persönliches Logo) oder Hygieneartikeln.

„Wenn ich keine Ware bekomme, kann ich auch auf Vertragseinhaltung bestehen und eine Frist setzen, in der die Leistung oder Lieferung erbracht werden muss“, erklärt Michael Dunkl vom Konsumentenschutz der AK Niederösterreich. Wird diese Frist nicht erfüllt, darf der Kunde den Rück-

tritt vom Vertrag erklären. Andere Regelungen gelten, wenn u. a. über ebay oder willhaben Ware von einer Privatperson erworben wird. Experte Dunkl: „Wenn es um ein Geschäft geht, das zwei Privatleute eingehen, gibt es kein Rücktrittsrecht. Wichtig ist auch, dass ich vor dem Kauf über alle Kosten informiert werde.“

Wurde die Ware bezahlt, es erfolgt aber keine Lieferung und keine Rückzahlung, muss der Anspruch bei Gericht geltend gemacht werden.

Über die Höhe der Versandkosten gibt es keine Regelungen, einzelne Anbieter haben aber Kostendeckelungen eingeführt. KundInnen von Plattformen, die vielen unterschiedlichen VerkäuferInnen offenstehen, sollten – nachdem sie ihren Einkaufskorb gefüllt haben – noch einmal auf die Versandkosten achten. „Wenn

## Bestellen im Web

Damit der Online-Kauf erfolgreich ist, sollten Sie auf folgende Punkte achten:

- Produkte und Garantiebedingungen sollten genau und übersichtlich beschrieben, die AGB transparent und leicht zugänglich sein.
- Transparenz bei Produktpreis und allen zusätzlich anfallenden Kosten (z. B. Transport, Verpackung).
- Vermeiden von Banküberweisung oder Bargeldtransferservice vor Erhalt der Ware. Sicher sind u. a. Kauf auf Rechnung, Kreditkarte und Bezahldienste wie z. B. Paypal.
- Bei besonderen Anlässen wie etwa Weihnachten ist es wichtig, den exakten Liefertermin zu vereinbaren. Soll die Ware nur gekauft werden, wenn sie vor Weihnachten geliefert wird, muss das bei der Bestellung ausdrücklich zur Bedingung gemacht werden.
- Skepsis bei sensationell günstigen Preisen! Fake-Shops locken, verlangen Vorkasse und tauchen unter. Lieber vorher informieren (derzeit sind über 800 „Shops“ gelistet): [watchlist-internet.at](http://watchlist-internet.at)
- Innerhalb von 14 Tagen, ab Erhalt der Ware, ist ein Rücktritt vom Vertrag möglich.

sie dabei Waren von unterschiedlichen Anbietern kaufen, fallen für jedes einzelne Stück Versandkosten an“, warnt Dunkl.

Vorkasse ist übrigens immer das ungünstigste Zahlungsmittel: Wird die Ware nicht ordnungsgemäß geliefert, müssen Käufer ihrem Geld hinterherrennen. Um sich abzusichern, können Bezahldienste (u. a. Paypal) genutzt werden. Achtung: Unbedingt nachsehen, ob das jeweilige Gut auch in den Käuferschutz-Richtlinien erfasst ist (bei Paypal ist u. a. der Kauf motorisierter Fahrzeuge ausgeschlossen).

### Mehr Infos:

AK-Konsumentenberatung  
01/501 65 209  
Montag bis Freitag  
von 8 bis 12 Uhr

Christian Resei

## Donald Trump. Literaturwettbewerb

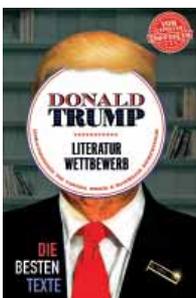
**W**as wäre wenn ... Donald Trump 2017 zu einem Literaturwettbewerb aufgerufen hätte? Dann wäre dieses Buch entstanden, das die von einer fachkundigen Jury ausgewählten, besten Texte versammelt.

Was wäre wenn ... sich die Kunst an das Niveau populistischer Politiker anpassen würde? Trump, Strache, Orbán, Le Pen – Leute, die darauf stolz sind, keine Bücher zu lesen und auch von Bildung nicht viel halten. Was wäre wenn ... solche Leute auch in den Kunstjürys säßen und fortan bestimmten, was gute Kunst ist? Die Herausgeber dieses Bandes von „Bad-Taste“-Geschichten vertreten die Ansicht, dass ein rechter Zinnober dabei herauskäme, demgemäß versammelt der launige Erzählband literarische Missgriffe, die normalerweise nicht publiziert würden.

Hier die besten Texte von legendären Meistern der Satire, die sich in erzählerische Untiefen begeben, Genres und berühmte Werke nachahmen und tief in die Übertreibungskiste greifen. Exklusiv und unzensiert dabei auch die gehaltvollen Begründungen der Jury. Es darf laut gelacht werden.

Mit: Austrofred, Tex Rubinowitz, Clemens Haipl, Michael Ziegelwagner, Christopher Just, Sebastian Huber, Maximilian Zirkowitsch, Peter Zimmermann, Wolfgang Pollanz, Sebastian Klug, Marc Carnal, Manfred Gram, Mareike Boysen, Dominika Meindl, Stoffi Nietnagel, Peter Waldeck, Phils Collin, Alf Peherstorfer, Curt Cuisine, Metka Wakounig, Alois Wieser und einem Vorwort von Melania Trump.

„Trump ist für uns quasi ein Platzhalter für alle, die für Verblödung und Populismus stehen, die sich in der Kultur niederschlagen“, sagt Herausgeber Maximilian Zirkowitsch zu diesem ungewöhnlichen Buch. ●



Maximilian Zirkowitsch,  
Vanessa Wieser  
(Hg.)

**Donald Trump  
Literatur-  
wettbewerb**  
234 Seiten  
18,90 Euro  
ISBN 978-3-  
903184-05-3



Hans-Henning Scharsach,  
**Stille  
Macht  
Ergreifung**  
Hofer, Strache und die  
Burschenschaften  
22 Euro  
208 Seiten,  
ISBN 978-3-  
218-01084-9

## Stille Machtergreifung – Hofer, Strache und die Burschenschaften

**B**urschenschaften und ihre FPÖ-Verbindungen: Norbert Hofers Präsidentschaftswahlkampf war ein Lehrstück einer von Burschenschaften konzipierten populistischen Kampagne. Mit eisernem Lächeln täuschte er erfolgreich über die von ihm vertretenen rechtsextremen Standpunkte hinweg. Doch das ist nur die Speerspitze einer Entwicklung, die fast unbemerkt von der österreichischen Öffentlichkeit vor sich geht: Ein kleiner, verschworener Kreis hat die FPÖ in Besitz genommen, zentrale Funktionen in Bundespartei, Parlament und Landesverbänden sind fest in den Händen von Burschenschäftern.

Hans-Henning Scharsach untersucht die engen Verflechtungen Norbert Hofers, Heinz-Christian Straches und ihrer Weggefährten mit den Burschenschaften. Seine akribische Recherche taucht tief in deren antisemitische und nationalsozialistisch geprägte Geschichte ein. Er analysiert ihr politisches Instrumentarium, das sich mit Hasskampagnen und systematischer Verbreitung von Unwahrheiten über alle Regeln der Fairness hinwegsetzt. Anhand belegbarer Zahlen, Daten und Fakten zeigt Scharsach auf, was Österreich droht, wenn deutschnationale, schlagende Burschenschäftler an die Macht kommen. ●

### IMPRESSUM

**GPA/djp** Leserbriefe an kompetenz@GPA-djp.at • Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@GPA-djp.at • Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 • Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein, stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, Chef vom Dienst: Mag. Lucia Bauer, lucia.bauer@gpa-djp.at, Assistenz: Alexander Kobinger, alexander.kobinger@GPA-djp.at • Coverfoto: Nurih Wagner-Strauss • Layout und Artdirektion: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH), Layoutkonzept: Mathäus Zinner, typothese.at • Produktion: ÖGB-Verlag • Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21 • Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudorf • DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352 • Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: www.GPA-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.





# Ihr Weihnachtsgeld ist unterwegs!

Es wird jedoch nicht vom Weihnachtsmann gebracht!

Das 13. und 14. Gehalt ist ein Verhandlungserfolg  
der Betriebsräte und Gewerkschaften.